Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post
bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 203. **Freitag** den 22. Juli 1887. **81. Jahrgang**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das Kaiserlich Russische Consulat in Leipzig
befindet sich gegenwärtig im **Hôtel de Prusse**, wo im Zimmer Nr. 44 seine Kanzlei dem Publicum täglich von 11 bis 1 Uhr geöffnet ist.

Bekanntmachung.

Der **Gurkenmarkt** wird von **Sonnabend**, den **23. Juli d. J.** an, auf dem **Töpferplatze** abgehalten.
Leipzig, am 15. Juli 1887.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib 2682. Dr. Tröndlin. Hennig.

Entritzsch. Die Herstellung der **Zimmererarbeiten** am Neubau des Rathhauses hier sollen an den Mindestfordernden unter Auswahl der Submittenten vergeben werden und sind Anschläge im Gemeindeamte hierselbst zu haben.
Offerten sind verschlossen unter der Aufschrift: „**Zimmererarbeiten für Rathhausbau Entritzsch**“ **bis zum 5. August Mittags 12 Uhr** im Gemeindeamte abzugeben.
Entritzsch, am 21. Juli 1887.
Der Gemeinderath.
Thomas, Gem.-Vorstand.

Centesimal-Lastwaage.

Wir beabsichtigen eine neue feststundamentirte Centesimal-Lastwaage mit Windefleck — Tragkraft 150 Centner, Brückengröße 2 × 5 Mtr. — anzuschaffen und ersuchen Reflectanten, Lieferungs-Offerten mit genauer Preisangabe bis
zum 31. Juli d. Js.
schriftlich bei uns einzureichen.
Naunhof, am 20. Juli 1887.
Der Stadtrath.
Benkert.

Bekanntmachung.

Submission zur Anlage eines Brunnens in Bitterfeld.
Die Anlage eines Brunnens an der neuen Bürgerschule hierselbst, veranschlagt **auf 685 ℳ**, soll im Wege der Submission vergeben werden.
Angebote sind bis zum
28. Juli d. J., Vormittags 11 Uhr,
an Rathsstelle hier (Zimmer Nr. 4)
versiegelt einzureichen, in welchem Termine die Eröffnung erfolgt.
Bedingungen, Zeichnungen und Kostenanschlag liegen im Stadtsecretariate hier zur Einsicht aus.
Bitterfeld, den 20. Juli 1887.
Der Magistrat.
Sommer.

Nichtamtlicher Theil.

Das Rundschreiben Rampolla's.

Der Nachfolger des Cardinal-Staatssecretairs Jacobini, Rampolla, hat seine amtliche Thätigkeit als solcher durch ein Rundschreiben eröffnet, in welchem er das Eigenthumsrecht des Papstes an Rom aufs Neue geltend macht und die Unverjährbarkeit dieses Rechtes betont. Es ist eine althergebrachte Praxis des päpstlichen Stuhles, niemals auf Rechte Verzicht zu leisten, welche er einst ausgeübt hat, und wenn auch nicht die mindeste Aussicht auf den Wiedererwerb derselben besteht. Das Garantiegesetz, welches dem Papst den Besitz des Vaticans verbürgt, ist von ihm zwar thatsächlich anerkannt dadurch, daß er von dem ihm eingeräumten Besitzrecht Gebrauch macht, aber er hat diesen Besitz immer nur unter dem Vorbehalt ausgeübt, daß ihm das patrimonium Petri durch einen Gewaltact genommen worden, durch welchen kein Eigenthumsrecht erworben werden konnte. Dieser von Zeit zu Zeit erneuerte Protest macht natürlich keinen Anspruch darauf, eine Aenderung der Sachlage herbeizuführen, denn es ist klar, daß der König von Italien niemals gutwillig sein Eigenthumsrecht an der Hauptstadt seines Königreichs aufgeben kann, der Einspruch hat deshalb nur den Zweck, den Streit wegen der weltlichen Herrschaft des Papstes nicht zur Ruhe kommen zu lassen, um dadurch noch eine höhere Stufe des moralischen Einflusses auf die katholische Christenheit zu erreichen. Ein unzufriedener Papst ist für das Königreich Italien stets ein Gegenstand der Besorgniß; so lange dieser Anspruch nicht in irgend einer Form endgiltig beseitigt ist, ist das Königreich Italien nicht als fest gegen alle Stürme der Zeiten aufgerichtet und geschützt zu betrachten, und wenn dereinst durch eine Veränderung der Lage ein Umschwung eintreten sollte, ist ein Anknüpfungspunct für die Bestrebungen zur Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes vorhanden. Das ist der Beweggrund der immer wiederholten Versuche, den staatsrechtlichen Zustand Italiens in Frage zu stellen und die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Fortdauer des Streites zu lenken.

Es läßt sich nicht leugnen, daß auch die Verhandlung dieser Angelegenheit in der italienischen Kammer ein gewisses Aufsehen erregt und zu der Erwartung Anlaß geboten hat, daß die italienische Regierung sich zu weiteren Zugeständnissen an den Papst über das Garantiegesetz hinaus bewogen finden könnte. Man hat das aus der Ungeduld entnehmen können, mit welcher die Erklärungen Crispi's über die Stellung des Königreichs zum Papstthum erwartet wurden. Bekanntlich erklärte Crispi, daß Italien durchaus kein Bedürfniß empfinde, eine Aussöhnung mit dem Papste zu suchen. Darauf erwidert Cardinal Rampolla, daß die in Italien herrschenden Anschauungen damit in Widerspruch ständen und daß die italienische Regierung die Verantwortung für die Folgen trage, wenn sie die väterliche Aufforderung des Papstes zur Aussöhnung mit demselben nicht annehme.

Man muß sich billig darüber wundern, daß der Papst, welcher dem guten Willen des Königs von Italien den Besitz des Vaticans verdankt und sich einer in der ganzen Welt anerkannten höchst einflußreichen Stellung erfreut, nicht müde wird, unerfüllbare Forderungen an das Königreich Italien zu stellen. Er kann doch unmöglich voraussetzen, daß die italienische Regierung solche Ansprüche in ernste Erwägung ziehen wird, denn die Anerkennung derselben würde den Verzicht des Königs auf seine Hauptstadt in sich schließen. Es setzt also einen hohen Grad von Langmuth bei der italienischen Regierung voraus, wenn sie diesen Friedensstörungen gegenüber unerschütterliche Ruhe bewahrt. In der Politik des päpstlichen Stuhls liegt System, sie ist stets darauf gerichtet gewesen, die gesammte katholische Christenheit für die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes zu gewinnen, und der Augenblick unmittelbar nach dem Friedensschluß mit der preußischen Regierung scheint günstig, um auf diesen alten Zankapfel wieder zurückzukommen. Das ist es auch, was den Verhandlungen in der italienischen Kammer über diesen Gegenstand ein erhöhtes Interesse zugewandt hat. Kein Mensch hat jemals daran geglaubt, daß der König von Italien dem Papst den ausschließlichen Besitz von Rom zugestehen wird, aber man hat es doch für möglich gehalten, daß er ihm erweiterte Rechte an seinem früheren Eigenthum einräumen könnte, und deshalb benutzt auch der neue Cardinalstaatssecretair diese Stimmung, um den Gedanken an eine Erweiterung der päpstlichen Eigenthumsrechte überall Eingang zu verschaffen. Durch das Rundschreiben Rampolla's werden die Gemüther vieler Katholiken beunruhigt, die italienische Regierung wird der Ungerechtigkeit gegen den Papst beschuldigt, der doch nicht einmal sein Recht verlange, sondern nur den bescheidenen Wunsch äußere, daß die italienische Regierung den Weg der Versöhnung beschreite.

Der angeblich so bescheidene Wunsch des Papstes läuft in Wahrheit auf nichts Geringeres hinaus, als daß der König von Italien seine Residenz wieder nach Florenz verlege und den Papst als den souverainen Herrscher der Hauptstadt seines Landes anerkenne. Nur so werde der Papst seine geistige Macht, gegen jede Einmischung, jeden materiellen und moralischen Druck geschützt, ausüben können — sagt das Rundschreiben. Eine Begründung dieser Behauptung hält der Cardinalstaatssecretair nicht für nöthig, und doch erscheint eine solche sehr wünschenswerth. Es ist seit Jahren darauf mit Recht hingewiesen worden, daß der Papst, obwohl er seiner Stellung als weltlicher Herrscher entkleidet ist, an moralischer Macht noch gewonnen habe. Zu der Zeit, als Leo XIII. den Schiedsspruch in der Carolineninselfrage fällte, wurde von allen Seiten und vom Papst selbst anerkannt, daß ein so hoher Grad von Machtvollkommenheit dem Papstthum seit langer Zeit nicht beigewohnt habe. Die Stimme des Papstes ist auch in Deutschland noch in der neuesten Zeit so hoch geschätzt worden, daß man ihr einen Einfluß auf die Gestaltung der inneren Verhältnisse dieses Landes einräumte. Es wurde ihm der Wunsch ausgedrückt, daß er den Widerstand der Centrumspartei gegen das Septennat brechen möge. Zwar hat sich bei diesem Anlaß gezeigt, daß auch der Einfluß des Papstes seine Grenzen hat, aber die Partei hat wenigstens aus Achtung vor dem Willen des Papstes sich bei dieser wichtigen Vorlage der Abstimmung enthalten und dadurch ein gewisses Entgegenkommen bewiesen. Das Streben nach Machterweiterung ist bei jeder aufblühenden Einrichtung — und eine solche ist das Papstthum unter seinem gegenwärtigen Vertreter — natürlich, aber die Macht des Papstthums der Zukunft liegt unzweifelhaft nicht auf weltlichem, sondern auf geistlichem Gebiete. Der Einfluß des Papstthums auf die katholische Christenheit ist im sichtbaren Wachsthum begriffen, und wenn sich das Papstthum eine weise Mäßigung auferlegt, so wird es diesen Einfluß noch weiter zu steigern vermögen, aber die weltliche Herrschaft ist dem Papstthum im Jahre 1870 für immer verloren gegangen und zwar wahrscheinlich nicht zum Schaden, sondern zum Vortheil für seine fernere Entwickelung. Das Papstthum ist eine internationale Macht, als solche bedarf es der weltlichen Herrschaft nicht zur Befestigung seiner Grundlage, der moralische Einfluß giebt ihm eine weit höhere Macht, als Landbesitz ihm jemals zu geben vermag.

Leipzig, 22. Juli 1887.

* Ueber den Anfangs Juni erfolgten Tod des Corvetten-Capitains von Reichenbach, Commandanten der zum deutschen Kreuzergeschwader in Australien gehörenden Kreuzercorvette „Olga“, sind jetzt nähere Nachrichten hierher gelangt. Das unter dem Befehl des Capitain Heusner stehende, aus der Kreuzerfregatte „Bismarck“ und den Kreuzercorvetten „Olga“, „Carola“ und „Sophie“ zusammengesetzte Geschwader war am 9. Juni Mittags in Port Jackson eingetroffen, nachdem es Capstadt am 7. Mai verlassen hatte. Das Wetter war fast ununterbrochen stürmisch. Daß die Fahrt trotzdem in der kurzen Zeit von 33 Tagen zurückgelegt wurde, zeugt von der Seetüchtigkeit und den vorzüglichen Kreuzer-Eigenschaften der Geschwaderschiffe. Leider sollte die Reise nicht ohne schweren Verlust zu Ende gehen. Der Commandant der „Olga“, Corvetten-Capitain v. Reichenbach, erlag kurz vor der Einfahrt in den Hafen einem Schlaganfall. Der Verstorbene soll zwar in den letzten Wochen zu wiederholten Malen über Beklemmungen geklagt haben, doch gab sein Zustand zu keinerlei Befürchtungen Anlaß. Sein jähes Ende rief daher allgemeine Bestürzung hervor. Als Herr v. Reichenbach sich bei Annäherung des Festlandes auf die Commandobrücke begeben hatte, sank er um 11½ Uhr Mittags plötzlich zusammen. Er wurde sofort in seine Cabine getragen; der zur Stelle gerufene Arzt, Stabsarzt Dr. Schneider, konnte aber nur den bereits eingetretenen Tod constatiren. Die Leiche wurde am 11. Juni auf dem Northshore-Friedhof zu Sidney unter militairischen Ehren der Erde übergeben.

* Die Mannschaft des bei Sokotra gestrandeten Reichspostdampfers „Oder“ ist mit dem „Neckar“ in Bremerhaven eingetroffen. Die seeamtliche Verhandlung über den Verlust des Schiffes wird am nächsten Sonnabend daselbst stattfinden.

* Ueber die Reichstagswahl in Querfurt-Merseburg, welche allerwärts in der freisinnigen Presse gepriesen wird, bemerkt die „Kölnische Zeitung“ sehr treffend: „Es ist kein Grund vorhanden, warum die Freisinnigen über den Sieg in diesem Wahlkreis besonders jubeln könnten, zumal im Ganzen schwächer gewählt wurde, als bei der letzten Wahl. Vollends unverständig aber ist es, wenn die Freisinnigen auch diese Gelegenheit wahrnehmen, um zu betheuern, die Kriegsfurcht habe die reichstreuen Wahlen vom 21. Februar gemacht. Wenn dem so wäre, so hätte der Freisinn durch die Wahlen vom 21. Februar das schlechteste Zeugniß erhalten, welches eine Nation einer politischen Partei ausstellen kann: daß sie sich von ihr abwendet, wenn sie Gefahr für das Vaterland besorgt. Im Uebrigen ist es ganz natürlich, daß jetzt, nachdem das Reich militairisch und finanziell Dank der jetzigen Reichstagsmehrheit in Sicherheit gebracht ist, der Wahleifer nachläßt. Ein paar Deutschfreisinnige mehr im Reichstag können wenigstens in der Hauptsache, an der Sicherheit des Reiches nichts verderben.“

* Am letzten Sonntag waren auf Anregung des rheinischen Centralcomités eine Anzahl Vertreter nationalliberaler Vereine und Ausschüsse mit nationalliberalen Abgeordneten der Rheinprovinz bei dem Abg. Rumpff auf Schloß Aprath, wo sie sich der gastlichsten Aufnahme erfreuten, zu einer vertraulichen Berathung zusammengekommen. Es sollen, der „Kölnischen Zeitung“ zufolge, öfter solche vertrauliche Versammlungen in den verschiedenen Wahlkreisen stattfinden.

* Das neueste Heft der Goerres'schen Blätter enthält einen Artikel unter der Ueberschrift: „Die Papstbriefe in protestantischer Beleuchtung“. Wir können es nicht unterlassen, aus demselben einige Sätze hervorzuheben, aus denen hervorgeht, mit welchen weitgehenden Hoffnungen man sich in ultramontanen Kreisen im Betreff der Rekatholisirung Deutschlands in Folge der neuesten kirchenpolitischen Wendung bereits beschäftigt. Es heißt in dem betreffenden Artikel, einem Muster ultramontaner Unverschämtheit, wörtlich: „Allerdings will es auch uns „sonderbar“ vorkommen, daß derselbe große protestantische Staatsmann, der vor 10 Jahren den Papst als „Feind seiner Seligkeit“ bezeichnete und ein Decennium hindurch den Culturkampf in allen Tonarten spielen ließ, nun auf einmal den Papst zum Schutzpatron des deutschen Reiches und zu seinem Verbündeten gegen das Centrum erwählt. Es ist, als tauchte der alte Gedanke des heiligen römischen Reiches deutscher Nation in paritätischer Beleuchtung aus den Wirren der Gegenwart empor. Und wer weiß, was wir noch Alles erleben? Könnte jener Gedanke nicht auch noch einmal in rein katholischer oder ultramontaner Beleuchtung auftauchen, und nicht nur auch auftauchen, sondern auch zur Vollendung des nationalen Baues, zur Krönung der Bismarck'schen Schöpfung in die That umgesetzt werden? Sagte jener Staatsmann, die Krone Frankreichs sei wohl eine Messe werth, was ist dann die Krone Karl's des Großen werth? Auch Napoleon I. hat sich vom Papste krönen lassen. Zumal wenn damit auch das „südliche“ Düppel gewonnen würde, wenn alle deutschen Katholiken Oesterreichs dem neuen Reiche zufielen, so lohnte es sich wohl der Mühe, diesem hohen Ziele nachzujagen. Die Hohenzollern haben schon einmal ihre Confession gewechselt, um ein minder hohes politisches Ziel zu erreichen. Warum sollten sie nicht Alles an die Erreichung des höchsten Zieles setzen?“ Wir enthalten uns zu diesen Ausführungen, welche die geheimsten Gedanken gewisser Kreise etwas unvorsichtig offenbaren, jeder Bemerkung. Ist es gleich Tollheit, hat es doch Methode.

* Aus dem socialdemokratischen Lager bringt die „Rheinisch-westfälische Zeitung“ eine ihr aus Barmen-Elberfeld gewordene Mittheilung, die wir wegen ihres in Bezug auf die allgemeinen Parteiverhältnisse bemerkenswerthen Inhaltes hier folgen lassen, wobei wir indeß die Verantwortung für die Richtigkeit der gemachten Angaben dem rheinischen Blatte überlassen müssen.

„Das hiesige socialdemokratische Organ, die „Freie Presse“, scheint in den letzten Zügen zu liegen. Das Blatt hatte schon vom Beginn seines Erscheinens eine nicht geringe Anzahl von Feinden aus dem eigenen Lager gegen sich. Es war die radikale Richtung in der Partei, die entschieden dagegen opponirte, daß man dem einzigen anerkannten Parteiorgan, dem „Züricher Socialdemokrat“, ein besonderes Localorgan an die Seite setze, welches, durch Preß- und Socialistengesetze gezwungen, eine „zahme Sprache führen müsse“. Auch verdachte man es dem Reichstagsabgeordneten Harm, dem gegenwärtigen Verleger, nicht wenig, daß er sich mit dem „Demokraten“ Gilles entließ und dessen Ernennung zum Redacteur durchsetzte. Gilles suchte den Radikalen durch eine möglichst radikale Schreibweise zu imponiren, erreichte aber damit nur, daß das Blatt im December 1885 nach vierwöchigem Erscheinen auf Grund des Socialistengesetzes verboten wurde. Nachdem das Verbot durch Beschluß der Reichscommission wieder aufgehoben, erschien die „Freie Presse“ von Neuem. Diesmal hatte sich Harm der geschäftlichen Leitung zu bemächtigen gewußt .... Wenige Monate nach der Uebernahme der Geschäftsführung durch Harm entstanden zwischen diesem und Gilles Differenzen .... Letzterer .... trat aus, und Harm übernahm nun auch die Redaction. Der Inhalt des Blattes wurde nun ein so über alle Maßen kläglicher, daß die Abonnenten fielen wie die Blätter im Herbste. Ein kleiner Aufschwung entstand noch einmal während der letzten Wahlcampagne. Nach diesem letzten Aufflackern war es vollständig vorbei. Das beweist folgende erbauliche Thatsache: Vor einigen Tagen hielt der Verleger der socialdemokratischen „Freien Presse“, der Reichstagsabgeordnete Harm, einen Rundgang bei Mitgliedern der demokratischen und der deutschfreisinnigen Partei, die verzweifelte Lage des Blattes schildernd, und bat, mit dem Hinweis darauf, daß von dem Eingehen des Blattes nur die regierungsfreundlichen Parteien Nutzen ziehen würden, ja, daß er, wenn das Aeußerste eintrete, sein Mandat niederlegen müsse, was wieder den nationalen Parteien zu Gute komme, um pecuniaire Unterstützung für die „Freie Presse“. Daß die Demokraten hierzu gleich bereit waren, ist weiter nicht verwunderlich. Daß aber selbst hervorragende freisinnige Parteiführer eine Liste zur Unterstützung des socialdemokratischen Blattes circuliren ließen und solchergestalt letzteres, sowie das Reichstagsmandat des Herrn Harm für kurze Zeit retteten, dürfte selbst für solche Politiker, welche dem nil admirari huldigen, etwas Verblüffendes haben. Freisinnige Parteiführer als finanzielle Garanten eines socialdemokratischen Blattes, das ist jedenfalls eine Thatsache, deren Wirkung nicht durch allzu häufiges Vorkommen abgeschwächt wird. Neugierig darf man darauf sein, wie die hiesigen Socialdemokraten zu dieser Schöpfung eines fortschrittlichen „Reptilienfonds“ für ihr Organ stehen.“

* Die Neuwahlen zum Landtage des Großherzogthums Oldenburg sind durch landesherrliche Verordnung für die nächste dreijährige Finanz- und Legislaturperiode angeordnet worden und wird die Wahl der Abgeordneten am 26. September d. J. stattfinden.

* Ueber die Untersuchung gegen elsaß-lothringische Soldaten in Mainz wegen Verbindung mit der Patriotenliga berichtet man dem „Rheinischen Kurier“ von dort, daß die compromittirten Soldaten, bei denen eine ganze Anzahl Briefe aus Frankreich oder nach Frankreich beschlagnahmt wurden, zwei Mainzer Regimentern angehören. Sechs Soldaten sind als Untersuchungsgefangene in das Militairgefängniß abgeführt worden. In allen Kasernen fanden sogenannte Spindrevisionen statt; bei altdeutschen Soldaten wurde nichts Verdächtiges gefunden.

* * *

* Die in Ungarn beobachteten choleraverdächtigen Fälle haben dem dortigen Minister des Innern Gelegenheit gegeben, sämmtliche Gemeindebehörden des Landes mittelst Rundschreibens zur Ergreifung der nothwendigen Vorbeugungsmaßregeln gegen die Choleragefahr zu veranlassen. Insbesondere müsse auf die Reinhaltung der Luft und des Bodens geachtet werden; ferner habe die Marktpolizei, hauptsächlich jetzt, zur Zeit der Obstreife, mit verdoppelter Aufmerksamkeit und Strenge vorzugehen; es müsse für reines und gutes Trinkwasser gesorgt, ein genügendes Quantum von Desinfectionsmitteln vorräthig gehalten, die Desinfection gründlich durchgeführt, Eis und Arznei in Bereitschaft gehalten und ärztliche Hilfe überall gesichert werden. Die Vorkehrungen zur Separirung etwaiger Cholerakranker sollen im Sinne der vorjährigen Ministerialerlasse unverzüglich getroffen und etwa vorkommende Erkrankungsfälle sofort dem Minister gemeldet werden. Mit Rücksicht auf die volkswirthschaftlichen und internationalen Consequenzen werden die Behörden aufgefordert, das Vorhandensein der asiatischen Cholera nur dann zu erklären, wenn dies durch bakteriologische Untersuchung in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise festgestellt wurde. Für die stricte Durchführung der im Erlasse aufgezählten Vorkehrungen werden die Municipalbehörden verantwortlich gemacht; dieselben müssen über die getroffenen Maßregeln bis Ende dieses Monats an den Minister Bericht erstatten. Wenn man erwägt, daß im vorigen Jahre die Gefahr einer Choleraeinschleppung über die schlesische Grenze gerade durch Krankheitsfälle ungarischer Provenienz nahe gerückt war, so erscheint das jetzige energische Vorgehen der ungarischen Regierung auch vom Standpuncte der diesseitigen sanitären Interessenwahrnehmung in hohem Maße dankenswerth, und können wir nur wünschen, daß den Anordnungen des ungarischen Ministers der beabsichtigte Erfolg in uneingeschränktestem Maße beschieden sein möge.

* Zeitungsnachrichten zufolge will Prinz Ferdinand von Koburg nach Petersburg kommen. Unter anderen Umständen würde man sich am dortigen Hofe sehr freuen, den Prinzen zu empfangen, der in Petersburg den besten Eindruck hinterlassen hat; wenn der Prinz jedoch hofft, durch seinen Besuch die russische Einwilligung zu seiner Wahl zu erlangen, so verkennt er nach einer Correspondenz der „Kölnischen Zeitung“ aus St. Petersburg die Stimmung. Der Zar wird niemals seine Zustimmung zu einer Wahl geben, die seiner Ansicht nach auf ungesetzlicher Grundlage erfolgt ist. Die Sache würde anders liegen, wenn Rußland nach dem Rücktritt der Regentschaft und des Ministeriums in die Möglichkeit versetzt würde, wieder diplomatische Beziehungen mit Bulgarien anzuknüpfen und wenn alsdann nach Verlauf einer durch Rußland festgesetzten Frist eine neugewählte bulgarische Volksversammlung den Koburger zum Fürsten ausersähe. In diesem Falle würde der Zar voraussichtlich seine Zustimmung geben. Das bisherige, allerdings nicht gerade heldenhafte Verhalten Ferdinand's hat in Petersburg nicht mißfallen; man traut ihm zu, daß er den gerechten Ansprüchen Rußlands auf moralischen Einfluß in Bulgarien Rechnung tragen würde und würde ihn gern unterstützen, wenn alle vorgenannten Bedingungen erfüllt wären. Es könnte dann endlich Ruhe in Bulgarien eintreten. Die bisherige Politik Deutschland in dieser Frage hat in Petersburg den allerbesten Eindruck gemacht, nur die panslawistische Presse wird derselben nicht gerecht, wie auch nicht anders zu erwarten war. Man kennzeichnet die Stimmung in Petersburg einflußreicher Kreise wohl am besten, wenn man sagt, daß dieselben sich unter den erwähnten Voraussetzungen mit dem Coburger zufrieden geben würden, daß sie aber auf weitergehende Pläne noch keineswegs verzichtet haben. Man hofft in Petersburg, wo man seit einem Jahre den Berliner Vertrag so gern im Munde führt, noch immer einen russischen Generalgouverneur für Bulgarien durchzusetzen, der mit diesem Vertrage bekanntlich nicht vereinbar wäre.

* Der Wiener Correspondent der „Times“ war vor einigen Tagen in Belgrad und hatte eine Unterredung mit König Milan, worüber er, wie folgt, berichtet:

„Das Ministerium Garashanin, bemerkte der König, hatte sich nach siebenjähriger Amtsführung abgewirthschaftet und der Finanzkrisis nicht gewachsen gezeigt. Die radicale Partei, welche der fortschrittlichen an Stärke zunächst gleichkommt, hätte keine Männer von Ansehen und Fähigkeit, welche ein homogenes Cabinet hätten bilden können. Die Versuche, ein parteiloses Ministerium zu errichten, seien gescheitert, und unter den Umständen wäre deshalb nichts Anderes übrig geblieben, als Herrn Ristic, den Führer der liberalen Partei, zu berufen. Ob die Verbindung zwischen den Liberalen und den Radicalen die bevorstehenden allgemeinen Wahlen überleben werde, erschien dem König zweifelhaft. Mittlerweile könne aber in der äußeren Politik Serbiens, besonders Oesterreich-Ungarn gegenüber, nichts gethan werden. Ristic zeigte sich sehr gemäßigt und die jetzige Gereiztheit gegen Oesterreich entspringe durchaus nicht dem Wunsche, Serbien unter russischen Einfluß zu bringen, sondern lediglich dem Wunsche des ganzen Volkes, Serbien unabhängig zu machen. In melancholischem Tone setzte der König dann hinzu: „Die Lage der kleinen Staaten Ost-Europas ist freilich fast unhaltbar. Wir können nicht ohne das Wohlwollen Rußlands und Oesterreichs durchkommen, dennoch aber nicht beiden zugleich gefallen. Letzteren wir uns an die eine Macht an, so beleidigen wir die andere. Ich bin jetzt 19 Jahre auf dem Thron, aber nur der Himmel weiß, welche Gefahren mir noch bevorstehen.“ König Milan glaubt nicht, daß Rußland die Wahl des Prinzen Ferdinand genehmigen wird, ist aber überzeugt, daß Bulgarien in Anarchie verfallen wird, wenn die Großmächte nicht bald sich über einen Fürsten für das Land einigen. Endlich sprach sich der König zu Gunsten einer Conföderation der Balkanstaaten unter der Führung der Türkei aus. Ohne die Türkei einen derartigen Bund in das Leben rufen zu wollen, käme nicht in Frage.“

* Peter Zangerle aus Ferschweiler bei Trier, der kürzlich den Mordanschlag auf den französischen Polizei-Commissar Ritter in Pagny machte, war um 2½ Uhr Nachmittags mit einem Pariser Zuge in Pagny angekommen. Am Bahnhof sagte er einem Gendarmen, er wünsche den Commissar zu sprechen, und als dieser erschien, feuerte er sofort auf ihn mit dem Ruf: „Sie sollen mein Opfer sein!“ Der Commissar ist am Arm und in der Seite leicht verwundet, der dritte Schuß traf eine Frau. Zangerle leistete keinen Widerstand, als man ihn verhaftete. Der Mann war früher Bäcker in Paris und wurde im Jahre